Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Aufmaggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 186 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 12. August 1931

Die Reise nach Rom.

Der nunmehr hinter uns liegende Kampf um den Volksentscheid in Preußen hatte die Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch genommen, daß ihm gegenüber die Romreise des Deutschen Reichskanzlers und des Außenministers weniger Beachtung gefunden hat, als sie verdient. Es lag vielleicht auch daran, daß dieser deutsche Besuch in Rom nicht der Erörterung von Fragen diente und dienen wollte, die uns sozusagen unmittelbar auf den Haut brennen. Deutschlands früherer Außenminister Dr. Stresemann hatte es trotz mehrfachen Aufenthalts in Italien immer unterlassen oder vermieden, sich dort persönlich mit Mussolini in Verbindung zu setzen. Und man muß bis ins Jahr 1913 zurückgehen, um auf die letzte Reise eines deutschen Reichskanzlers nach Rom zu stoßen.

Der latente Gegensatz Italiens zu Frankreich besteht nach wie vor und ist durch die Frage der Abrüstung in letzter Zeit nicht unbeträchtlich vertieft worden. Deswegen mag man in Rom — ohne daß für die Deutschen auch nur ein Finger gerührt wurde — es erleichtert aufatmend begrüßt haben, daß Dr. Brüning auf den Pariser Verhandlungen die französischen Anleihebedingungen erst gar nicht zu ernsthafter Diskussion kommen ließ. Denn wenn eine derartige „deutsch-französische Verständigung" erfolgt wäre, dann würde Frankreichs Stellung zur Abrüstungsfrage definitiv abgeschlossen, politisch unangreifbar und womöglich noch eindeutiger geworden sein, als dies schon in der französischen Note hierüber zum Ausdruck gebracht worden ist.

Es wäre nun aber ganz verfehlt, wenn man die Romreise der deutschen Staatsmänner rückblickend als eine Verstärkung etwa einer deutsch-italienischen-englischen Zusammenarbeit antifranzösischen Charakters ansehen wollte. Gerade das Gegenteil ist der Fall und wer anderes glaubt oder erhofft — was in Deutschland übrigens nicht selten der Fall ist —, sollte nur die immer wiederkehrende, geradezu auffallend starke Betonung in den römischen Reden der deutschen und italienischen Minister beachten: Nur eine wirkliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Staatsregierungen Europas können das Problem der Wirtschaftskrise und das der Abrüstung wenn auch nicht lösen, so doch zum mindesten anpacken und auflockern. Dr. Curtius insbesondere wandte sich bei einer Zusammenkunft mit den deutschen Pressevertretern in Rom gegen die „mechanische Politik des sogenannten Gleichgewichts" verschiedener Mächtegruppen oder -gruppierungen, zwischen denen dann ja auch der schüchternste Gedanke an Abrüstung ebenso zerrieben werden würde wie — Deutschland. Freilich erscheinen in der italienischen Presse als Teilhaber an dieser europäischen „Kooperation" aus Italien, Deutschland und England im Verein mit der Nordamerikanischen Union, seit sich diese zu einem aktiv politischen Hinübergreifen nach Europa entschlossen hat, und dazu auch mit dem Herannahen der Abrüstungskonferenz entschließen mußte. Dr. Brüning weiß es noch besser wie Mussolini abzuschätzen, daß Deutschland bei einem „Gegenüber" von Mächtegruppen der Punkt des geringsten Widerstandes, also — der allein leidende Teil sein würde.

Daß man in Rom auch über wirtschaftliche Fragen gesprochen hat, ist selbstverständlich, der Reichskanzler hat es ausdrücklich erwähnt, vermied es aber, auf Einzelheiten einzugehen, übrigens auch darauf, ob man auch die besonders kitzlige Frage der deutsch-österreichischen Zollunionspläne irgendwie berührt hat. Nicht minder scharf als von Frankreich sind sie ja auch von Italien bekämpft worden.

Auch für Italien steht „die Politik" dahinter als drohendes Gespenst eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses. Vielleicht hat sich aber durch die persönliche Fühlungnahme der beiden Staatslenker doch erreichen lassen, diesem Gespenst recht viel von seinem angeblich „drohenden" Charakter zu nehmen. Es gibt freilich für Italien ein Kräutlein „Rühr mich nicht an" und das heißt: „Il Brennero", also die Brennergrenze, die Bestimmungen des Friedens von St. Germain, der Österreich zerschlug. Aber es ist immer Dr. Brünings Art und politische Ader, die Dinge nicht so zu sehen, wie er sie sich wünscht, sondern wie sie sind. Sie im deutschen Interesse zu verbessern, verlangt mühseligste Arbeit und es ist eigentlich erstaunlich, daß — wo einst — die „persönliche Fühlungnahme" der Staatsleiter an die Stelle des Verkehrs mittels Noten und diplomatischen Schritten treten soll und übrigens nicht erfolglos bereits getreten ist. Vielleicht ist das wirklich der bessere Weg der Zukunft und in eine bessere Zukunft als der, etwa die Staaten Europas durch einen mehr oder minder scharfen militärischen und „metallischen" Druck zusammenzupressen, wie Paris das versuchte. Es hat ja gar nicht lange gedauert, bis das alles wieder auseinanderplatzte. Darum mag es wertvoll sein, daß am Schluß der römischen Konferenzen durch die Einladung an Mussolini, nach Berlin zu kommen, ein weiterer Schritt auf diesem neuen Weg vorbereitet worden ist.

■ Fördert die Ortspresse ■

Der Hooverplan ist unterzeichnet.

Deutschland zahlt Zinsen und Sonderansprüche.

Schlußsitzung des Hoover-Ausschusses.

Alle Staaten unterzeichnen, ausgenommen Südslawien.

Der Vollausschuß der Sachverständigen in London, der über die Durchführung des Hoover-Planes zu beraten hatte, hielt seine Schlußsitzung ab. Sämtliche beteiligten Staaten, auch die kleineren, haben sich zur Unterzeichnung bereit erklärt, mit Ausnahme von Südslawien.

Von den deutschen Vertretern ist durchgesetzt worden, das in das Protokoll die Erklärung aufgenommen wird, daß das Sachverständigenkomitee keine Befugnis hatte, über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu entscheiden. Dies geschah im Hinblick darauf, daß die in diesem Jahr gestundeten bedingten Zahlungen innerhalb der nächsten zehn Jahre zurückgezahlt werden sollen, wodurch eine zusätzliche Belastung Deutschlands entstehen würde. Der Sitzungsbericht enthält mehrere Anlagen, die sich u. a. auf die Eisenbahnobligationen und die Sachlieferungen beziehen. Über die letzteren ist nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt worden, sondern man hat bestimmte Vorbehalte gemacht hinsichtlich der Verträge zwischen den Staaten, Behörden und Gemeinden. In einer englischen Verlautbarung wird erklärt, daß der Sachverständigenausschuß im großen und ganzen seine Aufgabe erfüllt habe.

An dem letzten Akt nahmen auch die Vertreter der kleineren Mächte mit Ausnahme von Südslawien teil, das hierzu keinen Vertreter entsandt hatte. Dieses Land hat in einer Sondernote auf die Haushalts- und Währungsschwierigkeiten hingewiesen, die ihm durch den Hoover-Plan entstehen und sich dabei auf die Pariser Verhandlungen bezogen, die für die geschädigten kleineren Mächte Kreditmöglichkeiten vorsahen. Da jedoch der Sachverständigenausschuß auf die Zentralbanken keinen Einfluß ausüben kann, so hat er sich mit dieser Forderung Südslawiens nicht befassen können. Griechenland hat den Aufschub für deutsche Zahlungen angenommen, macht aber noch Schwierigkeiten hinsichtlich Bulgariens. Das Protokoll trat nach Unterzeichnung sofort in Kraft.

*

Das Ergebnis der Londoner Sachverständigenkonferenz.

Aus den Beschlüssen der Londoner Sachverständigen ergeben sich folgende drastische Folgerungen:

1. **Deutschland bezahlt zunächst weiter die Zinsen auf die Dawes- und Young-Anleihe, die an sich durch das Hoover-Moratorium nicht berührt werden.** Es bezahlt ferner die gemischten Ansprüche an die Amerikaner von rund 40 Millionen Reichsmark jährlich und die Forderungen der Belgier aus dem Markabkommen in Höhe von rund 20 Millionen Reichsmark im Jahre, insgesamt 200 Millionen Reichsmark jährlich. Andererseits leistet Amerika auf Grund des Freigabeabkommens Zahlungen an Deutschland, die im laufenden Jahre die Höhe der gemischten Ansprüche überschreiten.

2. **Während des Hoover-Jahres erfährt Deutschland eine Entlastung von 1 593 676 276 Reichsmark.** Dieser Betrag wird bis zum 1. Juli 1933 zinslos aufgeschoben und von da in zehn Jahreszahlungen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von etwa 3 Prozent zurückgezahlt.

3. **Bei der Erörterung der Frage, ob die Rückzahlungen der gestundeten Annuität aufschiebbar oder unaufschiebbar sein sollen, mußte sich die deutsche Abordnung damit abfinden, daß sie — genau wie beim Young-Plan — unaufschiebbar bleiben.** Die deutsche Regierung hat zum Ausdruck gebracht, daß sie zu der deutschen Zahlungsfähigkeit keine Stellung nehmen könne. Diese Frage bleibt also für spätere Verhandlungen offen.

4. **Hinsichtlich der Eisenbahnobligationen, die die Garantie für die 660 Millionen des ungeschützten Teiles der Jahreszahlungen abgeben, ist vereinbart worden, daß auch hier eine Rückzahlung in zehn Jahresraten mit 3 Prozent Zinsen ab 15. Juli 1933 erfolgt.** — Die Reichsregierung übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Reichsbahn aus dem gewährten Darlehen. Die erfolgte Regelung bedeutet also, daß

die Eisenbahn tatsächlich erneut zu einem Pfande geworden

ist. Sie geht in ihren Grundzügen wieder auf den Dawes-Plan zurück, was bei späteren Verhandlungen von Wichtigkeit werden kann.

5. **Wegen der Sachlieferungen sind gewisse Grundsätze aufgestellt, deren praktische Durchführung in die Hände der Sachlieferungskommissare in Paris gelegt wird.** Es wurde vom Ausschuß anerkannt, daß eine Belastung des Staatshaushaltes oder der Wirtschaft durch die Sachlieferungen nicht eintreten dürfe. — In welcher Weise diese Beschlüsse im einzelnen durchgeführt werden sollen, fällt in das Arbeitsbereich der Sachlieferungskommissare.

*

Amerika zum Ergebnis der Londoner Sachverständigenverhandlungen.

Neuyork, 12. August. Zum Abschluß der Londoner Sachverständigenverhandlungen insbesondere zur Unterzeichnung des Sachverständigenberichtes und des Schlußprotokolles erklärt das Washingtoner Staatsdepartement, daß eine formelle Unterzeichnung durch die Vereinigten Staaten überflüssig sei, da es sich hierbei um europäische Fragen handele. Das Abkommen werde jedoch mit Genugtuung aufgenommen.

Der französische Ministerbesuch in Berlin.

Havas verbreitet eine Meldung, wonach der französische Gegenbesuch in Berlin wahrscheinlich erst nach der Septembertagung des Völkerbundes stattfinden werde. In deutschen Regierungskreisen ist man der Meinung, daß die deutsch-französischen Aussprachen einem freundschaftlichen Gedankenaustausch über alle die beiden Länder betreffenden Fragen dienen sollen.

Deshalb erscheine es wenig wahrscheinlich, daß die in Aussicht genommene deutsch-französische Aussprache in Berlin von der Lösung einzelner Probleme abhängig gemacht werde.

Die Bekanntmachung der Einladung der französischen Staatsmänner werde im Laufe der nächsten Tage erfolgen.

Abbau des Notdiskonts.

Reichsbankdiskont 10 Prozent.

Das Reichsbankdirektorium hat mit Wirkung vom 12. August beschlossen, den Reichsbankdiskont von 15 Prozent auf 10 Prozent und den Lombardsatz von 20 Prozent auf 15 Prozent zu ermäßigen.

Die Reichsbank baut damit einen Diskontsatz ab, der einzig und allein die Aufgabe hatte, eine erwartete zusätzliche Geldausgabe in angemessenen Schranken zu halten. Dadurch, daß eine Geldvermehrung überhaupt nicht eingetreten ist, wurde der hohe Diskontsatz überflüssig. In der ersten Augustwoche nach der Schalteröffnung waren sogar über 100 Millionen Mark Geldrückflüsse zu verbuchen. Die Devisenreserve hatte sich um rund 60 Millionen Mark verbessert und die Notendeckung sich auf 38,2 Prozent gehoben. Der Weg zu einem Abbau des Notendiskonts war also der Reichsbank freigegeben. Es wäre sehr wünschenswert, daß sie auf diesem Wege weiter fortschreiten würde.

Weitere Herabsetzung angestrebt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther begründete die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 15 auf 10 Prozent und des Lombardsatzes von 20 auf 15 Prozent u. a. wie folgt: Der Übergang zum normalen Bankverkehr hat sich ohne nennenswerte Ausweitung des Kreditbestandes bei den Banken und des Umlaufs an Zahlungsmitteln vollzogen. **Die Reichsbank sei sich bewußt, daß auch der neue Zinssatz der Wirtschaft noch außerordentliche Lasten auferlegt und sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, ihrerseits alles zu tun, was geeignet ist, weitere Diskontherabsetzungen zu ermöglichen.**

Die Diskontermäßigung von 15 auf 10 Prozent ist einstimmig und ohne längere Aussprache gefaßt worden.

Im Zentralausschuß hat man auch über die Möglichkeit der Wiedereröffnung der Börse gesprochen. Es wurde in dieser Aussprache angeregt, den immer noch hohen Lombardsatz von 15 Prozent bis zur Wiedereröffnung der Börse herabzusetzen, da dieser auf das Börsengeschäft bestimmt lähmend wirken müsse. Beschlüsse in irgendwelcher Richtung sind natürlich nicht gefaßt worden.

Wieder Rückflüsse an die Reichsbank.

Berlin. Nachdem sich in den letzten beiden Tagen der Vorwoche infolge der Lohnzahlungen und der Freigabe des vollen Auszahlungsverkehrs auch bei den Sparkassen eine leichte Erhöhung des Notenumlaufs ergeben hatte, der allerdings größere Rückflüsse am Beginn der Woche gegenüberstanden, sind am Montag bei der Reichsbank wieder Zuflüsse von 28,9 Millionen Mark erfolgt.

Die Ernte sorgen.

Eine Entschließung des Reichslandbundes.

In der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Reichslandbund stellt mit Befriedigung fest, daß in fast allen Teilen des Reiches sein Aufruf zum vorsichtigen Angebot der Ernte Zustimmung gefunden hat und von den Landwirten im wesentlichen befolgt worden ist. Nur durch gute Verkaufsdisziplin konnte dem katastrophalen Sturz der Getreide- und Viehpreise Einhalt geboten werden.

Der Reichslandbund erwartet, daß auch dort, wo das Angebot bisher der Nachfrage noch nicht angepaßt wurde, die Landwirte unter Ausnutzung aller gebotenen Möglichkeiten den Verkauf zurückhaltend gestalten. Es müssen baldmöglichst wieder Preise erzielt werden, die den Herstellungskosten einigermaßen entsprechen. Dies ist um so notwendiger, als die bisherigen Druschergebnisse in den meisten Gebieten des Reiches hinter dem erwarteten Ergebnis zurückbleiben. Der Reichslandbund wird seine Bemühungen fortsetzen, weitere Erleichte-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF